

Rede zum Antrag "Wissenschaft statt Thekenkraft - Mehr studentische Hilfskräfte für NRW" der SPD-Fraktion

Mittwoch, 23. Januar 2008

Anrede,

wenn ich hier in die Runde schaue, ist doch sehr deutlich, dass für die meisten von uns die Studienzeit schon lange zurück liegt. Damit ist vielleicht zu erklären, dass diese Landesregierung gerade im Hochschulbereich viele Entscheidungen getroffen hat, die vorsichtig gesagt als "realitätsfern" zu bezeichnen sind. Dass CDU und FDP unserem Antrag für mehr studentische Hilfskräfte im Ausschuss nicht folgen wollten, reiht sich hier nahtlos ein.

Studierende waren immer darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt mit zu bestreiten. Durch die Einführung von Studiengebühren ist die Situation nicht besser geworden. Die Zahlen der 18. Sozialerhebung des deutschen Studentenwerks machen sehr deutlich: Erwerbstätigkeit ist ein wichtiger und notwendiger Teil des studentischen Lebens. Sie ist notwendig, um die Studienfinanzierung sicherzustellen. Kredite, wie sie zur Finanzierung der Studiengebühren angeboten werden, sind keine Hilfe. Bei 5,9% Zinsen ziehen die Studierenden die Erwerbstätigkeit verständlicherweise einer hohen Verschuldung vor.

Dies wird problematisch, wenn durch die Erwerbstätigkeit das Studium leidet. Durch die richtige Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master ergibt sich aber für viele Studierende eine zeitlich höhere Belastung. Es bleibt nur sehr wenig Luft zum "Jobben". Ca. 1800 Stunden pro Jahr für Pflichtveranstaltungen, Prüfungsvorbereitungen und Lernaufwand sind in einem Bachelor-Studiengang notwendig. Bei einer 40-Stundenwoche sind das immerhin 45 Wochen pro Jahr, die verplant sind. Unter diesen Bedingungen einer Erwerbstätigkeit nachzugehen ist vorsichtig gesagt sehr schwierig.

Für die Landesregierung ergibt sich hieraus m.E. eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung der finanziellen Daseinsvorsorge für Studierende, um diese in die Lage zu versetzen ihr Studium konzentriert und in einem vernünftigen Zeitrahmen zu

absolvieren. Die bisherige Hochschulpolitik der aktuellen Regierung zeichnet sich bisher zwar lediglich durch Passivität und das Abschieben von Verantwortung aus. Doch glücklicherweise ist es ja nie zu spät, um den Kurs noch zu ändern. Eine gute Möglichkeit zur Anerkennung der Verantwortung und um aktiv etwas für die Studierenden zu tun, bietet sich einerseits in besseren Rahmenbedingungen für studentische Hilfskräfte und andererseits und vor allem aber in einer Ausweitung dieser Beschäftigungsverhältnisse.

Die Argumente für studentische Hilfskräfte sind offensichtlich: Studierende, die in ihren jeweiligen Instituten arbeiten, erwerben wissenschaftliche Qualifikationen. Diese helfen auch im Studium weiter. Sie übernehmen Funktionen in Lehre und Forschung. Ich möchte damit keine Kellnerin und keinen Kellner herabqualifizieren, die oder der in einer Gaststätte jobbt, um das Studium zu finanzieren. Eine wissenschaftliche Tätigkeit für das Studium bringt aber mehr als das Zapfen von Pils, Alt und Kölsch...

Die Hilfskraftstelle ist wichtig und richtig für die Studierenden. Auch für die Hochschule selbst ist sie wichtig. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Und hierzu findet die Landesregierung nur die übliche Antwort: Alles Sache der Hochschulen. Und wie üblich greift diese Antwort viel zu kurz. Im sog. "Berliner Modell" ist ersichtlich, wie man es richtig macht, wie ein Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte aussehen kann. Der bisher vorherrschende Stundensatz von 8,02 Euro wird auf 10,98 Euro angehoben, auch ein Urlaubsgeld ist vorgesehen. Hilfskraftstellen werden so deutlich attraktiver. In diesen Kontext gehören auch Maßnahmen zur Qualifizierung von in der Lehre beschäftigten Studierenden, wenn sie Tutorien und Übungen leiten.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Notwendigkeit einer Erwerbstätigkeit für viele Studierende nicht wegzudiskutieren ist. Vernünftig ausgestattete studentische Hilfskraftstellen bieten eine echte und einfache Stellschraube, um die Bedingungen für die Betroffenen zu verbessern. Wir als SPD-Fraktion sehen das Land in einer Verantwortung, der es sich nicht entziehen kann. Außerdem geht es nicht nur um die Studierenden. Die Hochschulen müssen finanziell in die Lage

versetzt werden, mehr Stellen zu schaffen. Diese Mittel müssen entsprechend vom Land zur Verfügung gestellt werden.

Studienerfolg und Studienfinanzierung sind eng miteinander verknüpft. Wenn Studierende teilweise ihr Studium selbst finanzieren müssen, dann sind studentische Hilfskraftstellen eine gute Möglichkeit, eine Möglichkeit zum Erreichen von Chancengleichheit. Die Anhebung des BAföG-Satzes war schon ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Auch das Land sollte seinen Verpflichtungen nachkommen. Eine Stellenoffensive für studentische Hilfskräfte ist dabei der logische nächste Schritt und entsprechend werde ich für die Zustimmung zu unserem Antrag.

Vielen Dank.